

Newsletter aus Brüssel

26.10.2017, Ausgabe 28

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- "Trotz alledem: Europa muss man einfach lieben" – Heribert Prantl auf dem Europapolitischen Tag 2017 der IG Metall
- Arbeitsprogramm der Kommission 2018 bekräftigt Vorschlag einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde
- Reform der Entsenderichtlinie nimmt Fahrt auf
- Besserer Schutz am Arbeitsplatz: Reform der "Krebs-Richtlinie" nimmt weitere Hürde

"Trotz alledem: Europa muss man einfach lieben" – Heribert Prantl auf dem Europapolitischen Tag 2017 der IG Metall

Am 19. Oktober 2017 fand im Mainforum in Frankfurt der Europapolitische Tag der IG Metall statt. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaft wurde über nachhaltige Zukunftsperspektiven der EU diskutiert.

Der diesjährige Europapolitische Tag der IG Metall stand ganz im Zeichen der kontroversen Debatte um die Zukunft der EU. In seiner Eröffnungsrede forderte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, mehr Investitionen in die industrielle Substanz Europas sowie eine Stärkung der Innovationskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. "Die Schutz- und Gestaltungsinteressen der Beschäftigten müssen dabei Vorrang vor den Binnenmarktinteressen haben", so Lemb. Angesichts großer wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in Europa und dem Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Bewegungen scheint die EU heute mehr denn je in einer tiefen Krise zu stecken. Der Gastredner des Abends, der bekannte Publizist und Journalist Heribert Prantl, hielt dennoch ein flammendes Plädoyer für Europa als einen einzigartigen Staatenverbund, der Frieden sichere und Vielfalt bewahre. Allerdings, die Menschen in Europa müssten mehr zu spüren bekommen, "dass Europa die Probleme anpackt, die ein einzelner Staat nicht mehr lösen kann."

In der Diskussionsrunde mit den weiteren Gästen Evelyne Gebhardt, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlamentes (SPD), Fabio De Masi, Mitglied des Bundestages (Die Linke) und Anke Hassel, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der HBS, wurde deutlich, dass es keine einfachen Antworten auf die Frage nach Europas

Zukunft gibt. Die Stärkung der sozialen Dimension müsse allerdings eine zentrale Rolle spielen. Wolfgang Lemb sprach sich für ein kooperatives Modell Europas aus, das die Ausweitung der Mitbestimmung in Europa voran bringt und der reinen Wettbewerbslogik nachhaltige soziale und ökologische Strategien entgegen setzt. Evelyne Gebhardt rief dazu auf, sich an der Europawahl 2019 zu beteiligen, um den Anti-Europäern und Rechtspopulisten die Stimme im Parlament zu entziehen und die sozialen und gewerkschaftsfreundlichen Kräfte zu stärken.

- [Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)
-

Arbeitsprogramm der Kommission 2018 bekräftigt Vorschlag einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde

Am 24. Oktober 2017 stellte die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm 2018 vor. Geplant ist auch ein "Paket zu sozialer Gerechtigkeit".

Das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission, das der Vize-Präsident der Kommission, Frans Timmermans, vor dem Plenum des EU-Parlaments vorstellte, trägt den Untertitel "Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa". Im Wesentlichen schließt das Programm an die Rede zur Lage der Union und die Vervollständigung und Umsetzung der Prioritäten der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker an. Bis Mai 2018 will die Kommission insgesamt 26 neue Initiativen vorlegen. Dazu gehört auch ein "Paket zu sozialer Gerechtigkeit". Dieses soll u.a. den legislativen Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde sowie eine Initiative zum Zugang zu sozialer Sicherheit für Selbständige in atypischen Arbeitsverhältnissen enthalten. Mithilfe der Arbeitsmarktbehörde sollen die EU-Rechte zur Arbeitskräfte-mobilität aller Beschäftigten in Europa besser geschützt und fairer gestaltet werden können.

Die IG Metall begrüßt die Pläne zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, betont allerdings auch: "Eine solche Institution kann nur dann geltende Arbeits- und Sozialstandards wirksam durchsetzen, wenn sie auf Augenhöhe mit anderen Machtzentren der EU, wie beispielsweise der Europäischen Zentralbank, ihre Kraft entfalten kann."

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
-

Reform der Entsenderichtlinie nimmt Fahrt auf

Nach der Vorlage zur Reform der Entsenderichtlinie durch den Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments ist auch der EU-Ministerrat am 23. Oktober 2017 zu einer Einigung gekommen. Die finale Verhandlungsrunde der EU-Institutionen kann beginnen.

Die Überarbeitung der sogenannten Entsenderichtlinie ist seit langem eine Kernforderung der Gewerkschaften. Die EU-Richtlinie regelt seit 1997 den Einsatz von Beschäftigten in einem anderen EU-Land. In ihrer aktuellen Form weist die Richtlinie zahlreiche Schwachstellen auf und erlaubt es Unternehmen, inländische und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen sowie Löhne nach unten zu drücken, so

die Analyse des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Nach Druck des EGB und verschiedener Fraktionen im EU-Parlament hat sich der federführende Beschäftigungsausschuss am 16. Oktober 2017 auf einen Reformvorschlag geeinigt. Dieser sieht vor allem den Anspruch auf gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, sowie das Recht auf regionale und branchenspezifische Tarifverträge für entsandte Beschäftigte vor. Zudem sollen Beschäftigte in Zukunft nicht mehr selbst für Reise-, Verpflegungs- oder Unterkunftskosten aufkommen müssen. Der EGB begrüßt die starke Positionierung der Europaabgeordneten. Der von den Sozialministern verabschiedete Kompromiss weist hingegen einige gravierende Mängel auf, so der EGB. Beispielsweise soll die Reform nicht für den Transportsektor gelten, obwohl gerade in dieser Branche massives Lohn-dumping betrieben wird.

Der EGB forderte das EU-Parlament dazu auf, in den nun kommenden Trilog-verhandlungen mit dem Ministerrat und der Kommission nicht einzuknicken und die Messlatte für eine Reform der Entsenderichtlinie weiterhin hoch zu halten.

- [Pressemitteilung des Ministerrates](#)
- [Pressemitteilung des EU-Parlamentes](#)

Besserer Schutz am Arbeitsplatz: Reform der "Krebs-Richtlinie" nimmt weitere Hürde

Das EU-Parlament hat am 25. Oktober 2017 das erste von drei Gesetzespaketen für europaweit verbindliche strengere Grenzwerte für krebserregende und erbgut-verändernde Stoffe verabschiedet.

Gewerkschaften fordern seit langem eine Überarbeitung der sogenannten Krebs-Richtlinie. Die Belastung durch Karzinogene und Mutagene am Arbeitsplatz ist nach wie vor die häufigste arbeitsbedingte Todesursache in der EU. Im Juni 2017 hatten sich Rat und Parlament vorläufig auf einen Neuvorschlag der Kommission geeinigt, der strengere Grenzwerte gefährlicher Stoffe festlegt. Das Plenum des Parlaments hat die Einigung nun bestätigt. Neben dem verabschiedeten Paket sollen noch zwei weitere Rechtsakte überarbeitet werden, in denen es um die Neuregelung zusätzlicher Gefahrenstoffe am Arbeitsplatz geht. Das Gesetzgebungsverfahren hierbei ist bereits eröffnet.

- [Pressemitteilung des EU-Parlamentes](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand